

Christen für die Abrüstung

WOLFGANG LIENEMANN:

Friedensprobleme in christlicher Verantwortung

Den Frieden Gottes herzustellen, liegt nicht in Menschenhand. Diese Einsicht, die seit den Anfängen des Christentums gegen jede politische Eschatologie geltend gemacht wird, darf umgekehrt aber nicht dazu führen, daß Weltfriede und Gottesfriede gänzlich auseinandergerissen werden. Das Gebet um den Frieden nimmt in der christlichen Kirche seit ältester Zeit einen festen Platz ein, und der damit gemeinte Frieden ist nicht ein Phänomen der Innerlichkeit und der Privatheit. Nirgendwo jedoch wird die Illusion genährt, der Mensch könne von sich aus den Frieden herstellen, denn von sich selbst muß er gerade befreit werden. Darum heißt es ja „Christus ist unser Friede“ (Eph. 2,4). Insofern wir an Christus teilhaben, erwarten wir einen Frieden, der politische Programme übersteigt. Das schützt vor der Illusion, daß man einen totalen Frieden in der Welt herbeiführen könne, ohne zugleich Furcht und Schrecken zu verbreiten. Doch zugleich lassen wir uns bewegen, reale Schritte auf gegenwärtig möglichen Frieden hin zu tun. Das ewige Heil stiftet an zum irdischen *experimentum possibile salutis* (Bloch). Ich denke, es ist nicht zuviel gesagt, derartige Experimente als – mit Karl Barth zu reden – Gleichnisse des Himmelreiches zu bezeichnen. Ein Gleichnis ist nicht die Sache auf die es verweist, aber es **verweist auf die Sache und läßt sie deutlicher vor Augen treten.**

Zwei entscheidende Friedensgefährdungen

Gleichnisse bedürfen einer konkreten Gestalt. Christliches Friedenshandeln muß sich deshalb darin identifizieren lassen, wo und wie es zu gegenwärtigem Unfrieden praktisch Stellung nimmt. Das sieht naturgemäß in der heutigen Weltchristenheit an den verschiedensten Stellen völlig unterschiedlich aus. Doch meine ich, daß in Europa und generell auf der nördlichen Erdhalbkugel zwei entscheidende Friedensgefährdungen unsere Überlegungen bestimmen müssen: die gigantischen Militärmaschinen in Ost und West und die wachsende Kluft zwischen Nord und Süd.

Niemals in der Weltgeschichte hat die Menschheit so ungeheure Ausgaben für Rüstungszwecke vorgenommen wie in der Gegenwart. Schätzungen gehen davon aus, daß bald ca. 300 Milliarden Dollar pro Jahr in Rüstung investiert werden dieser Betrag entspricht etwa einer Höhe von Rüstungsausgaben von ca. 35 Millionen Dollar pro Stunde. Auf der ganzen Welt sind ca. 400 000 Forscher im Bereich der Militärforschung tätig. Auch die Anteile der Entwicklungsländer an den Rüstungsausgaben steigen von Jahr zu Jahr drastisch: betrug deren Anteil an den Gesamtausgaben 1954 6%, so war er bis 1974 auf ca. 17% gestiegen.*) In den Waffenarsenalen der Großmächte lagern nukleare Rüstungspotentiale, die eine mehrfache, wie man sagt, *overkill-capability* enthalten. Die Gefahr einer zunehmenden Proliferation nuklearer Kenntnisse und Materialien wächst von Jahr zu Jahr. Demnach ist als vielleicht größte

Friedensbedrohung nach wie vor die Möglichkeit eines Nuklearkrieges anzusehen.

Im Blick darauf von christlicher Verantwortung zu reden, macht rat- und mutlos. Nach 20 Jahren Abrüstungsdiskussion ist weder in Ost noch in West ein Silberstreifen am Horizont der Abrüstungsverhandlungen zu erkennen. Trotz der Versprechungen des neuen amerikanischen Präsidenten, generell die Nuklearwaffen abschaffen zu wollen, wird nicht nur weiter gerüstet, sondern es werden Bomben (Neutronenbombe) entwickelt, die die bisherigen Vernichtungskapazitäten noch übertreffen oder die Gefahr enthalten, die sog. nukleare Schwelle zu senken und damit die Wahrscheinlichkeit eines atomaren Krieges zu erhöhen. Insbesondere die letztgenannte Neutronenbombe offenbart die ganze Widersinnigkeit der gegenwärtigen Rüstungssituation. Diese Bombe soll nämlich weniger materiellen Schaden als Schaden an Leib und Leben von Menschen anrichten: sie wird die Gebäude erhalten, aber durch ihre Strahlung die Menschen vernichten. Ebenfalls bleibt wie eh und je möglich, daß eine Seite des Duopols das Abschreckungsgleichgewicht durchbricht und dann der Versuchung, die *first-strike-capability* in politischen Nutzen umzumünzen, nicht mehr widerstehen kann. C. F. von Weizsäcker sagt daher lapidar: Der Dritte Weltkrieg ist wahrscheinlich.

Zu den erschreckend wenigen Handlungsmöglichkeiten, die die Kirchen, soweit ich sehe, in dieser Frage heute haben, gehören vor allem folgende vier:

a) Man kann die strategische Situation analysieren, ihre Gefahren und ihren Widersinn aufdecken, und damit zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen. Freilich sollte man sich aufgrund der so zu erreichenden Einsicht keinen trügerischen Hoffnungen hingeben; denn – nach Hegel – gehört die öffentliche Meinung ebensowohl geachtet als auch verachtet. Die wichtigen Dinge werden im Bereich von Rüstung und Militär ohnehin nur vertraulich verhandelt.

b) Kirchen und Christen können und sollten verhindern, daß diejenigen, die sich dem militärischen Wahnsyndrom widersetzen, nicht diskriminiert werden. Dazu gehört vor allem das unerschrockene Eintreten für die Rechte der Kriegsdienstverweigerer. Kriegsdienstverweigerung ist kein Ausnahmerecht, sondern sollte den Status eines elementaren Menschenrechts genießen.

c) Man sollte alles tun, um öffentlichen Druck in allen Ländern, die über Nuklearkennnisse verfügen, zu erzeugen, der die Proliferation nuklearen Materials, nuklearer Techniken und Kennnisse verhindert. Dies gilt insbesondere auch für waffenfähigen nuklearen Brennstoff aus der zivilen Produktion.

d) Es ist wichtig, die Wachstumsraten der Verteidigungsetats in allen Ländern zu drosseln. Man wird zu keiner Abrüstung gelangen können, wenn man nicht zunächst die gegenwärtigen Steigerungsraten für Militärausgaben verringert.

Hier liegt zugleich der gravierendste Faktor, der jegliche Entwicklungspolitik nicht nur in der Dritten Welt verhindert. Ob Kirchen und Christen in diesen Fragen Einfluß gewinnen können, hängt nicht nur von der repressiven Struktur der verschiedenen politischen Systeme in Ost und West ab, sondern auch und vor allem davon, wie weit sie sich Sachkenntnis aneignen und diese – eventuell auch gegen Widerstand – verbreiten können. Hier sind freilich die Informationsmöglichkeiten, die allererst Sachkenntnis begründen

könnten, in den verschiedenen Systemen höchst unterschiedlicher Art. Es ist wichtig, die Möglichkeiten ökumenischer Kommunikation zum Austausch militärpolitischer Informationen systematischer und zielgerichteter als bisher zu nutzen.

Rüstung widerspricht Entwicklung

Mit den militärpolitischen haben die entwicklungspolitischen Probleme nicht zuletzt die Tatsache gemeinsam, daß denjenigen, der sich damit beschäftigt, nur zu leicht Mutlosigkeit befällt. Gewiß, die statistischen Zahlen z. B. krichlicher Hilfsaktionen sind beeindruckend, aber sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei um nicht mehr als den sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein handelt. Darum hat jüngst erneut Ansgar Skriver – unter Zitation der Rede, die Julius Nyerere, der Staatspräsident Tansanias, im Mai 1976 in Bonn gehalten hat – die These begründet, das ganze Konzept der Hilfe sei falsch. Das heißt nicht, daß Hilfe überflüssig sei, sondern bedeutet, daß mit der Art und dem Umfang der gegenwärtigen Maßnahmen das Elend großer Teile der Dritten Welt verlängert, bestenfalls gelindert, sicher nicht überwunden wird. Es ist bekannt, daß das bescheidene finanzielle Ziel der nationalen Entwicklungs-„hilfen“, nämlich 0,7% des jeweiligen Bruttosozialprodukts, von keinem Land außer Schweden und den Niederlanden je erreicht worden ist.

Die Kluft zwischen Nord und Süd ist zudem nicht kleiner geworden, sondern wächst unaufhaltsam, vor allem deshalb, weil die Preise für die Güter und Waren, die die Länder der Dritten Welt exportieren, wesentlich geringer steigen, als die der Importgüter. Die

Inflation in den Industrieländern sorgt auf diese Weise für eine ständige Umverteilung des „Reichtums“ der Weltwirtschaft zuungunsten vieler Länder. So erlitt beispielsweise Tansania zwischen 1961 und 1974 einen außerordentlichen Kaufkraftverlust gegenüber den Industrieländern: mußte das Land 1961–64 für eine Schweizer Uhr umberechnet 7,5 kg Kaffee exportieren, so 10 Jahre später bereits 14,2 kg. Tansania ist hier keineswegs ein Einzelfall. Nach einer vorsichtigen Schätzung der FAO sind in den Entwicklungsländern (mit Südeuropa aber ohne China) 462 Mio. Menschen absolut unterernährt. Als minimale Nahrung zum physischen Überleben werden von der FAO 2000 Kalorien pro Person und Tag angenommen. Die Anzahl der Menschen, die mit weniger als 50 Dollar Einkommen pro Jahr auskommen müssen, beträgt nach Schätzung der Weltbank 560 Millionen. Ihr Einkommen liegt also unter 30 Pfennig pro Tag. (Die Anzahl der Menschen, die mit weniger 75 Dollar pro Jahr auskommen müssen, beträgt sogar 835 Mio.)

Aber physisches Überleben allein garantiert noch kein menschenwürdiges Leben. Anstrengungen zur Bekämpfung des Analphabetentums werden von der Bevölkerungslawine hoffnungslos überrollt. Die Bevölkerungslawine aber läßt sich nur verlangsamen, wenn schon nicht stoppen, wenn das Elend verringert wird; denn solange es keinen bescheidenen Wohlstand und keine soziale Sicherung gibt, ist Kinderreichtum das einzige Mittel gegen absolute Armut am Lebensabend. Man muß nämlich sehen, daß in Systemen, denen jegliche Form einer geordneten Altersversorgung für den allergrößten Teil der Bevölkerung fehlt, es eine schlichte Überlebensnotwendigkeit ist, möglichst viele Kinder zu haben. Es spricht vieles dafür, daß die ansteigenden Kurven der Bevölkerungsentwicklung



erst abgeflacht werden, wenn die elementare Not zurückgedrängt wird. Gewaltsam durchgeführte Kampagnen zur Familienplanung vorher müssen, wie in Indien, vermutlich scheitern.

Unberührt von dieser Erwägung bleibt freilich die langfristige Möglichkeit, die Entwicklung der Erdbevölkerung möglichst in nicht zu ferner Zeit einigermaßen zu stabilisieren. Niemand weiß, wann und auf welchem Niveau das möglich ist; denn niemand weiß, wieviele Mäuler die Weltagrarwirtschaft ernähren kann. Heute ist jedenfalls deutlich, daß Millionen Kinder in der Dritten Welt nicht nur keiner Bildung teilhaftig werden, um ihre Not bekämpfen zu können, sondern daß die Not wächst. Ihre Überwindung aber setzt elementare Bildung im buchstäblichen Sinne notwendig voraus. Diese Teufelskreise der Unterentwicklung sind bekannt, vielhundertfach analysiert – doch Besserung ist nicht in Sicht. Man spricht davon, daß schon heute ca. 300 Millionen Kinder aufgrund der strukturellen Bedingungen dieser in Unterentwicklung gehaltenen Dritten Welt in ihrer eigenen Entwicklung auf das Schlimmste gefährdet sind.

Es wäre möglich, daß die Erde auch sie ernähren könnte, daß ein Ende von Gewalt, Not und Unfreiheit möglich wäre. Doch wahrscheinlich ist das gegenwärtig nicht. Man möge lediglich bedenken, daß die Nationen des industrialisierten Nordens der Erde in kaum weniger als der Lebenszeit von 10 Generationen einen Großteil der natürlichen Ressourcen – Bodenschätze und Energiereserven – des Globus verschwendet haben und diesen Weg der Verschwendung aufzugeben einstweilen nicht bereit sind. Was in den Industrienationen heute verbraucht und verschwendet wird, wird künftig fehlen, um das Überleben in den anderen Zonen der Erde zu sichern. Es ist nicht nötig, hier Details aufzuhäufen. Gute Fallstudien und theoretische Entwürfe kann jeder nachlesen. Aber diese Kenntnisse werden zu keiner Änderung führen, solange entwicklungspolitische Debatten in den kapitalistischen Ländern vor leeren Parlamentsbänken mit Unverstand und Polemik und in den sozialistischen Ländern überhaupt nicht öffentlich geführt werden (denn auch die Entwicklungshilfe letzterer stellt keinen Ruhmestitel dar).

Christliche Verantwortung beginnt mit dem Protest

Wenn man sich diese Zusammenhänge auch noch so rudimentär klarmacht, so wagt man nicht mehr, von „christlicher Verantwortung“ zu reden. Zu abgegriffen ist diese Vokabel, tausendfach mißbraucht als Alibi des Nichtstuns, diskreditiert und entwertet wie die Währungen der Entwicklungsländer. Eigentlich kann man sich nur wundern, daß, wenn diese ganze Welt verrückt spielt, indem sie Milliarden für overkill-capabilities ausgibt und Millionen verhungern läßt, trotzdem noch so wenig junge Leute Bomben und Molotow-Cocktails werfen, in den Untergrund oder zu den Gurus nach Fernost gehen. Es muß als Zeichen geistiger Verrohung gelten, wenn man gegen diese Zusammenhänge und Strukturen nicht protestiert. Deshalb glaube ich, daß, wenn das Wort vielleicht noch ein wenig Wahrheit enthält, „christliche Verantwortung“ mit dem Protest beginnt.

Danach aber gilt es, wie im Bereich der militärischen Fragen, sich genauestens zu informieren. Nur wer informiert ist, kann den Politikern diejenigen Fragen stellen, welche wenigstens bewirken, daß mit dem Nicht-Handeln sich zunehmend ein schlechtes Gewissen verbindet. Der christlichen Gemeinde ist dabei vermutlich auf absehbare Zeit nicht mehr beschieden, als Rufer in der Wüste zu sein.

Konflikte werden demjenigen, der sich für den Frieden einsetzen will, nicht erspart bleiben, aber wo steht geschrieben, daß Frieden konfliktlos wäre? Es mag sogar sein, daß gutgemeinte Friedensaktionen gegen die Intentionen ihrer Urheber hie und da den Unfrieden verstärken. Niemand nämlich weiß, ob die Anstrengungen, für

den Frieden zu wirken, auch so zusammenstimmen, daß keine Illusionen geweckt werden, sondern die Einzelhandlungen sich zu einem vernünftigen Ganzen fügen. Deshalb freilich nichts zu tun, wäre noch verhängnisvoller; und nirgends ist den Christen gesagt, daß sie ihre Hände in den Schoß legen sollen. Aber sie wissen, daß ihr eigenes Tun in Widersprüchen befangen ist, und darum erwarten sie die Erfüllung ihrer Hoffnungen nicht von sich selbst. Weil dies so ist, bleibt das Gebet für den Frieden eine der wichtigsten Friedenshandlungen von Christen.

*) Vgl. hierzu die Angaben in den jährlich erscheinenden SIPRI-Yearbooks sowie den sog. RIO-Bericht des Club of Rome: Wir haben nur eine Zukunft, hg. v. J. Tinbergen, Opladen 1977.

Der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof D. Claß, und sein Stellvertreter, Kirchenpräsident D. Hild, statteten am 8. Dezember 1977 dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR im Sekretariat des Bundes einen Besuch ab. An dem Gespräch waren auch Mitglieder des Bischofskonvents in der DDR und die Leiter der Amtsstellen der EKD beteiligt. Im Rahmen des Gedankenaustausches, der unter dem Vorsitz von Bischof D. Schönherr stattfand, erörterten sie Fragen des jeweiligen kirchlichen Auftrages. Insbesondere wurde die Mitverantwortung der Kirchen für die Sicherung des Friedens und die Fortführung der Entspannung bedacht. Nach der Verabschiedung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki 1975 und während die Folgekonferenz von Belgrad noch im Gange ist, erinnern die Vertreter des Rates der EKD und des Vorstandes des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR daran, daß das Zeugnis für das Evangelium des Friedens (Epheser 6, 15) von den Kirchen gemeinsames Handeln vor dem Hintergrund und unter den Bedingungen der politischen Entspannung in Europa verlangt. Als Vertreter von Kirchen, die an den politischen Veränderungen in ihren Gesellschaften auf je spezifische Weise Anteil nehmen und die an der Grenze zwischen den beiden großen Gesellschaftssystemen in Europa leben, vereint sie die Sorge um den Fortgang des politischen Entspannungsprozesses in Europa. Die fünfte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen hat das Zustandekommen der Schlußakte von Helsinki „ein Zeichen der Hoffnung“ genannt „in einer Welt, die durch einander widersprechende Ideologien zerrissen und durch Interessenkonflikte gespalten ist“. Die Völker Europas haben die Prinzipien der Schlußakte, die Grundsätze des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, der Sicherheit, des Gewaltverzichts und der Menschenrechte in ihrem unteilbaren Zusammenhang mit Dankbarkeit und Hoffnung aufgegriffen. Die Kirchen erkennen es als ihre Aufgabe, diese Hoffnung wachzuhalten. Sie ermutigen die Politiker, zur weiteren Entspannung in Europa beizutragen, z. B. durch Minderung der Rüstungsausgaben und dadurch, daß die angestrebte Zusammenarbeit zwischen den Staaten noch mehr und sichtbarer als bis jetzt den Menschen zugute kommt. Die Teilnehmer an dem Gespräch rufen die Gemeinden auf zur wachen und geduldigen Begleitung des durch die Schlußakte von Helsinki eingeleiteten Prozesses und zum Gebet für den weiteren Fortgang der Entspannung zwischen Ost und West um des Wohles der Völker und Menschen willen.

Gemeinsame Erklärung von Rat der EKD und Vorstand des DDR-Kirchenbundes, 8. Dezember 1977, Berlin/DDR